

FDP| 12.07.2019 - 12:45

## Menschen dürfen nicht weiter derart geschröpft werden



In diesem Jahr arbeiten die Bundesbürger erst vom kommenden Montag an in die eigene Tasche. Erst ab dem 15. Juli um 21:56 Uhr bekommen die deutschen Steuerzahler auch das Geld, das sie verdienen. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer-Haushalt muss 2019 von jedem Euro rund 54 Cent abgeben, erinnert der Bund der Steuerzahler auch dieses Jahr an diese Belastung. Die Freien Demokraten kämpfen dafür, dass die Menschen nicht länger für den Staat als für sich selbst arbeiten müssen. [1] "Wir werden uns weiter dafür einsetzen, den Steuerzahlergedenktag jedes Jahr etwas früher begehen zu können", verspricht FDP-Chef Christian Lindner.

Rein rechnerisch ging die bisherige Arbeitsleistung des Jahres 2019 komplett für Steuern und Sozialabgaben drauf. Erst vom 15. Juli, 21.56 Uhr, an bleibt bei einem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt von Lohn und Gehalt etwas übrig. Demnach muss ein durchschnittlicher Haushalt mehr als die Hälfte (53,7 Prozent) des Einkommens an den Staat abführen. Von jedem verdienten Euro bleiben also nur 46,3 Cent zur freien Verfügung. Bei Alleinstehenden sei die Belastung gravierender. Sie arbeiten erst ab Freitag, 19. Juli, für das eigene Portemonnaie, prognostiziert der Steuerzahlerbund.

Christian Lindner moniert, dass der Staat selbst "uns jeden Tag daran erinnert, dass er mit dem Geld oft nicht mal pfleglich umgeht." Zuletzt habe sich das wieder an den Millionenverlusten bei der gescheiterten PKW-Maut gezeigt. Außerdem seien die Steuereinnahmen in den letzten sechs Jahren mehr als doppelt so stark wie das Lohnniveau angestiegen, macht er eine Ansage: "Wir Freie Demokraten kämpfen dafür, dass die Menschen nicht länger für den Staat als für sich selbst arbeiten müssen."

Die Freien Demokraten fordern Entlastungen, beispielsweise die Abschaffung des Soli und ein Ende der kalten Progression. Insgesamt halten sie Steuersenkungen mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro

## Menschen dürfen nicht weiter derart geschröpft werden (Druckversion)

für möglich.

Rechnungshof hält <u>#Soli</u> [2] für rechtlich heikel und warnt vor riesigen Haushaltsrisiken. Solche Warnungen dürfen nicht länger ignoriert werden. Die <u>@fdpbt</u> [3] wird alle politischen und rechtlichen Mittel mobilisieren, um den Soli ganz abzuschaffen. <u>@pressebrh</u> [4] <a href="https://t.co/nK3P1rE0wz">https://t.co/nK3P1rE0wz</a> [5]

— Florian Toncar (@florian\_toncar) 4. Juni 2019 [6]

Auch FDP-Finanzpolitiker Florian Toncar beklagt, dass kaum irgendwo auf der Welt die Bürger durch Steuern und Abgaben so hoch belastet werden wie in Deutschland, insbesondere die hart arbeitende Mitte der Gesellschaft. "Wir belegen damit einen traurigen Spitzenplatz im internationalen Vergleich." Die mittleren Einkommen müssten daher endlich spürbar entlastet werden: "Der Soli muss vollständig abgebaut und die kalte Progression abgeschafft werden. Diejenigen, die unsere Gesellschaft durch Leistungsbereitschaft, Fleiß und Engagement tragen, dürfen nicht weiter derart geschröpft werden."

Quell-URL: https://www.liberale.de/content/menschen-duerfen-nicht-weiter-derart-geschroepft-werden

## Links

[1] https://www.fdp.de/fuer-eine-faire-balance-zwischen-buerger-und-staat [2]

https://twitter.com/hashtag/Soli?src=hash&ref\_src=twsrc%5Etfw [3]

https://twitter.com/fdpbt?ref\_src=twsrc%5Etfw [4] https://twitter.com/pressebrh?ref\_src=twsrc%5Etfw [5]

https://t.co/nK3P1rE0wz [6]

https://twitter.com/florian\_toncar/status/1135927690442235904?ref\_src=twsrc%5Etfw